



HESSISCHER LANDTAG

02. 11. 2021

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

30 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag: Partnerschaft auf Augenhöhe statt Konfrontation und Ausgrenzung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erinnert an das dreißigjährige Bestehen des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, welcher am 17. Juni 1991 unterzeichnet worden ist. Nach den Verbrechen der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges sowie dem Ende des Ost-West-Konfliktes begründete der Vertrag die Annäherung, Aussöhnung und Normalisierung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk. Zudem beförderte der Vertrag den Weg zur nachhaltigen Integration Polens in die europäische Rechts- und Wertegemeinschaft und in die transatlantische Friedensordnung. Bis in die heutige Zeit hinein ist er ein stabiles Fundament für partnerschaftliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen beider Nationen. Der Landtag würdigt daher den Nachbarschaftsvertrag als große historische Errungenschaft für die deutsch-polnischen Beziehungen, die Völkerverständigung sowie den Frieden in Europa.
2. Der Landtag betont, dass Polen kein Gegner, sondern ein wichtiger Partner für die großen Zukunftsfragen unserer Zeit ist. Polen ist aufgrund historischer Erfahrungen und kultureller Nähe ein bedeutsamer Brückenbauer und Kooperationspartner für Deutschland, nicht nur im Hinblick auf die anderen Visegrád-Staaten, sondern auch auf die Länder der Östlichen Partnerschaft. Angesichts der geographischen Lage ist Polen ein unverzichtbarer Akteur beim Schutz der östlichen EU-Außengrenze sowie der Bekämpfung der illegalen Migration. Als EU-Mitglied und NATO-Partner ist Polen für Deutschland und Hessen ein wichtiger Verbündeter auf dem Feld der europäischen und internationalen Sicherheitszusammenarbeit. Auch große Herausforderungen unserer Zeit wie der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Wirtschaftsraumes, Umwelt- und Naturschutz, Energiesicherheit, Digitalisierung und KI-Forschung brauchen stabile deutsch-polnische Beziehungen, die auf Augenhöhe und mit gegenseitigem Respekt stattfinden.
3. Der Landtag zeigt sich irritiert über die derzeit immer stärker zunehmende verbale Schärfe, die Funktionäre der EU und auch Vertreter der deutschen Politik derzeit gegenüber Polen äußern. Diese lässt jeglichen demokratischen Respekt sowie diplomatischen Anstand vermissen und offenbart ein bisher nie für möglich gehaltenes Ausmaß an Konfrontation innerhalb der europäischen Gemeinschaft. Der Landtag ist daher besorgt darüber, dass hierdurch auch die hessisch-polnischen Beziehungen nachhaltig beschädigt werden. Er erwartet daher von der Landes- und Bundesregierung, in dieser aufgeheizten Auseinandersetzung auf europäischer Ebene deeskalierend zu wirken, sich gegen eine Sanktionskultur einzusetzen und unseren osteuropäischen Nachbarn als gleichberechtigten Partner in Europa gegen jegliche weitere Ausgrenzung und Angriffe zu verteidigen. Gerade angesichts der außerordentlichen Verdienste Polens zur deutschen Einheits- und Freiheitsgeschichte ist dies unsere politische Verpflichtung.
4. Der Landtag ist davon überzeugt, dass möglicherweise beunruhigende innenpolitische Entwicklungen innerhalb Polens und Unterschiede in Haltungen, Überzeugungen und Interessen nicht zu einer sichtbaren Abkühlung der bilateralen Beziehungen führen dürfen. Es ist im Interesse unseres Landes, dass ein starkes und stabiles Polen Einfluss auf die Ausrichtung der EU ausüben kann. Gerade angesichts bestehender gemeinsamer Interessen muss es auch in Zukunft möglich sein, dass wir die Zielsetzungen unserer Politik in den entsprechenden Gremien gemeinsam mit Polen und anderen osteuropäischen Partnern partnerschaftlich und vertrauensvoll abstimmen können. Der Respekt vor den Interessen und der

nationalstaatlichen Souveränität sowie das entschlossene Eintreten für Demokratie, Frieden, Recht und Völkerfreundschaft müssen auch in Zukunft der Leitgedanke in den deutsch-polnischen Beziehungen sein.

5. Der Landtag erachtet den 30. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages als richtigen Zeitpunkt, um die seit dem 7. Dezember 2000 bestehende Regionalpartnerschaft mit Wielkopolska zu würdigen. Sie ist eine beispielhafte Erfolgsgeschichte deutsch-polnischer Annäherung und Ausdruck einer tiefen freundschaftlichen Verbundenheit. Durch Begegnung, Vernetzung, gemeinsame Aktivitäten und Projekte in verschiedenen Bereichen werden das gegenseitige Verständnis füreinander gestärkt, sprachliche Barrieren sowie Vorbehalte nachhaltig abgebaut und die hessisch-polnische Freundschaft gelebt. Sie ist darüber hinaus der entscheidende Schlüssel dafür, derzeit bestehende politische Konflikte zu überwinden und dem Willen der Menschen in Hessen und Polen nach Frieden und einer nachbarschaftlichen Partnerschaft auf Augenhöhe Ausdruck zu verleihen. Der Landtag ruft daher die Menschen in Hessen, insbesondere diejenigen mit polnischen Wurzeln, dazu auf, die Beziehungen zu unserer Partnerregion durch ihr Engagement weiterhin erfolgreich mit Leben zu füllen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - zum 30. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages die Wertschätzung für in Hessen lebende Menschen zum Ausdruck zu bringen, die sich für eine von Frieden, Freiheit und Freundschaft geprägte Partnerschaft und gute nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einsetzen;
 - die Kooperationen deutsch-polnischer Institutionen in Hessen aus Wirtschaft, Kultur, Sport, Tourismus, Jugendförderung, Medien, Bildung und Forschung weiterhin zu unterstützen und zu fördern;
 - an die außerordentlichen Verdienste Polens in Bezug auf die deutsche Einheits- und Freiheitsgeschichte zu erinnern und hierfür mit Akteuren wie der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Mainz-Wiesbaden und weiteren in geeigneten Formaten zu kooperieren;
 - Partnerschaften hessischer Kommunen mit polnischen Gebietskörperschaften weiterhin in geeigneter Weise zu fördern;
 - die bilaterale politische und gesellschaftliche Zusammenarbeit mit unserer Partnerregion Wielkopolska, insbesondere erweitert um die Felder Digitalisierung, Kultur und Wirtschaft, zu stärken;
 - sich gemeinsam mit unserer Partnerregion Wielkopolska für eine Förderung der deutschen Minderheit in Polen sowie Menschen mit polnischen Wurzeln in Hessen als „Brückenbauer“ zwischen beiden Nationen einzusetzen;
 - im Europaausschuss (EUA) einen Bericht zur Partnerschaft mit Region Wielkopolska abzugeben, der eine Bilanz der Regionalpartnerschaft der vergangenen 20 Jahre zieht, Entwicklungen und gemeinsam durchgeführte Projekte darstellt und künftige Felder der Zusammenarbeit zu erörtern;
 - die Einrichtung von bi- oder multilateralen Parlamentariergruppen des Hessischen Landtages mit polnischen und anderen osteuropäischen parlamentarischen Vertretungen wohlwollend zu unterstützen;
 - die Liste deutsch-polnischer Begegnungsstätten, Denkmäler und Erinnerungsorte in Hessen in Zusammenarbeit mit dem Bund fortlaufend zu aktualisieren;
 - sich auf bundes- und europapolitischer Ebene für eine Deeskalation und eine nachhaltige Entspannung der Beziehungen gegenüber Polen sowie weiteren osteuropäischen Partnern innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft einzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. November 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe